Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2202

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

124. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 29. April 1964

125. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 30. April 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Wann beabsichtigt die Bundesregierung die gemäß § 95 BVFG Abs. 2 Satz 2 vorgesehene Rechtsverordnung vorzulegen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordneter **Seifriz**

Beabsichtigt der Herr Bundesfamilienminister den Familienzuschlag von 80 DM, der in § 81 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt festgelegt ist, zu erhöhen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Abgeordneter **Metzger**

Ist die Bundesregierung bereit, das von dem deutschen Arzt Dr. Theodor Binder geleitete Amazonas-Hospital in Pucallpa (Peru) aus Mitteln der Entwicklungshilfe zu unterstützen?

IV. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

IV. 1. Abgeordneter **Paul**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um zu verhindern, daß deutsche Besucher aus der Bundesrepublik in der Tschechoslowakei verhaftet und an das Ulbrichtregime ausgeliefert werden?

IV. 2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche Eltern deutscher Kinder sowohl in Europa wie in Lateinamerika wegen des hohen Schulgeldes ihre Kinder nicht auf eine deutsche Auslandsschule schicken können?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. 3. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft es zu, daß der von zahlreichen amerikanischen Institutionen und Universitäten gegenwärtig zu Vortragsreisen eingeladene Historiker Professor Fischer vom Auswärtigen Amt daran gehindert wurde, im Goethe-Institut in Washington einen Vortrag zu halten, obwohl er auf Anregung der Deutschen Botschaft dazu aufgefordert worden war?

IV. 4. Abgeordneter **Dr. Huys**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß fünf ehemalige Lehrer der Deutschen Evangelischen Oberschule in Kairo, über die Kulturabteilung des AA nach dorthin verpflichtet, seit Juni 1963 auf ihr Gepäck warten?

IV. 5. Abgeordneter **Dr. Huys**

Ist der Bundesregierung weiterhin bekannt, daß einer der in Frage IV/4 erwähnten deutschen Lehrer durch die Nichtfreigabe des Gepäcks in eine außerordentliche wirtschaftliche Notlage geraten ist, da er notwendige Ausgaben in Höhe von rd. 1500 DM zur Errichtung eines behelfsmäßigen Haushalts und zur Anschaffung von Winterkleidung, Bettzeug, Unterrichtswerke usw. hat tätigen müssen?

IV. 6. Abgeordneter **Dr. Huys**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein von der in Frage IV/5 erwähnten Lehrkraft gestellter Beihilfeantrag über das AA (Kulturabteilung) an das Bundesverwaltungsamt in Köln mit der Begründung abschlägig beantwortet worden ist, die Fürsorgepflicht für die ins Ausland verpflichteten Lehrkräfte ende mit Ablauf der Vertragszeit?

IV. 7. Abgeordneter **Rollmann**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Fortbestand des UNESCO-Instituts für Pädagogik in Hamburg auch dann sicherzustellen, wenn die Subventionen der UNESCO für dieses Institut eingeschränkt werden und auslaufen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

V. 1. Abgeordneter **Börner**

Wann ist mit der Vorlage des Ratifizierungsgesetzes zum Übereinkommen der Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatlern zu rechnen?

V. 2. Abgeordneter **Jahn**

Wann wird die Bundesregierung in Ausführung des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1963 den Entwurf eines Zweiten Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes vorlegen?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um der von ihr festgestellten ständigen Zunahme der Rauschgift-

delikte (vgl. Protokoll der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages, S. 5190) entgegenzuwirken?

V. 4. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Womit glaubt die Bundesregierung rechtfertigen zu können, daß für die Festlegung der Ortsklassen die am 25. September 1956 festgestellte Durchschnittsraummiete auch heute noch maßgebend ist?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Krümmer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Pressemeldungen ein Gastarbeiter, angeregt durch die Fernseh-Kriminalserie „Das Halstuch", eine junge Deutsche mit ihrem Shawl erwürgt hat?

V. 6. Abgeordneter **Dr. Krümmer**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß von gewissen deutschen Fernsehsendungen Anreize zu verbrecherischen Handlungen ausgehen?

V. 7. Abgeordneter **Felder**

Ist der Bundesregierung der Plan bestimmter Kreise bekannt, den amerikanischen Professor David L. Hoggan, den Verfasser des Buches „Der erzwungene Krieg", demnächst auf besonders spektakuläre Weise öffentlich zu ehren?

V. 8. Abgeordneter **Felder**

Weiß die Bundesregierung, daß Professor Hoggan mit seinem Buch „Der erzwungene Krieg" den von deutschen und internationalen Historikern von Rang als unerhörte Geschichtsklitterung bezeichneten Versuch macht, Hitler die Verantwortung für den zweiten Weltkrieg abzunehmen, und daß also die geplante Ehrung nur der Versuch einflußreicher rechtsradikaler Gruppen sein kann, in der deutschen Öffentlichkeit eine neue, in ihren Auswirkungen auf unsere demokratisch-politische Stabilität sehr gefährliche Geschichtslegende aufzubauen?

V. 9. Abgeordneter **Kaffka**

Ist es richtig, daß der Vertreter der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht (Verhandlung am 8. Oktober 1963 — 1 BvR 108/62) die Wiedergutmachung als Ausdruck der Fürsorge und nicht als eine Rechtspflicht definiert hat?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Welchen Anteil von seinem Arbeitsverdienst erhält der im Arbeitseinsatz befindliche Strafgefangene ausbezahlt?

VI.	2. Abgeordneter **Dr. Kohut**	Warum wird es einem Strafgefangenen nicht ermöglicht, durch seinen Arbeitsverdienst während der Haft zivilrechtliche Verpflichtungen, vor allem Unterhaltsverpflichtungen, Schadenersatzverpflichtungen, die sich aus seiner Straftat ergeben, zu erfüllen?
VI.	3. Abgeordneter **Dr. Kohut**	Wie beurteilt die Bundesregierung die im „Bayern-Kurier" vom 11. April 1964, S. 1, nachgedruckte, den Richterstand in der Bundesrepublik herabsetzende Äußerung der Wochenzeitung „Volksbote" über „Augsteins Leibrichter"?
VI.	4. Abgeordneter **Rollmann**	Wie viele deutsche Kriegsgefangene und volksdeutsche Zivilisten sind nach der Kapitulation Deutschlands in Jugoslawien ermordet worden?
VI.	5. Abgeordneter **Rollmann**	Ist es wahr, daß auch der mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete ehemalige jugoslawische Botschafter in der Bundesrepublik, Dusan Kveder, an in Frage VI/4 bezeichneten Verbrechen maßgeblich beteiligt gewesen ist?
VI.	6. Abgeordneter **Drachsler**	Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Verbüßung von Verkehrsstrafen getrennt von anderen Häftlingen, vor allem von Kriminellen, zu ermöglichen?
VI.	7. Abgeordneter **Felder**	Teilt der Herr Bundesjustizminister die auf einer Tagung von in- und ausländischen Sachverständigen in Wiesbaden von Regierungskriminaldirektor Niggemeyer vom Bundeskriminalamt getroffene Feststellung, unsere Strafvollzugsbehörden seien nicht in der Lage, die Aufgabe einer Resozialisierung von Straffälligen zu erfüllen, und so werde den aus der Haft Entlassenen oft schon von vornherein der Start in ein neues Leben unmöglich gemacht?
VI.	8. Abgeordneter **Dröscher**	Wie weit sind die Bemühungen gediehen, notleidenden Opfern von Verkehrsunfällen, bei denen die Täter Fahrerflucht begingen und unerkannt blieben, eine Versorgung zu gewähren?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VII.	1. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg *)**	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um — etwa durch eine Steuerveranlagung über einen längeren Zeitraum — den deutschen NE-Metall-Erzbergbau vor den unheilvollen Folgen des unberechenbaren Wechselspiels der Börsenpreise für Metalle zu bewahren?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VII. 2. Abgeordneter **Werner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Interessenten Vorteile aus dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz nicht wahrnehmen können, weil mit einer großen Anzahl von Ländern, auf die dieses Gesetz zutrifft, kein Doppelbesteuerungsabkommen besteht?

VII. 3. Abgeordneter **Werner**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um den Abschluß von Doppelbesteuerungsabkommen zu beschleunigen?

VII. 4. Abgeordneter **Ritzel**

In welchem Ausmaß hat der Herr Bundesfinanzminister im Monat Dezember 1963 und während des ganzen Rechnungsjahres 1963 über- und außerplanmäßigen Ausgaben der einzelnen Ressorts der Bundesregierung zugestimmt?

VII. 5. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Liegen die in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 23. Januar 1964 für Ende Februar 1964 angekündigten Richtlinien für die Bewertung von Steinbrüchen im Rahmen der Lastenausgleichsgesetzgebung nunmehr vor?

VII. 6. Abgeordneter **Dr. Imle**

Ist die Bundesregierung bereit, die erbschaftsteuerliche Behandlung von privaten Alters- und Hinterbliebenenversicherungen mit dem Ziel zu überprüfen, daß die Diskriminierung dieser selbstverantwortlichen Vorsorge gegenüber den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und den Versorgungsbezügen der Beamten beseitigt wird?

VII. 7. Abgeordneter **Hammersen**

Ist die Bundesregierung bereit, durch einen klärenden Runderlaß das von den Oberfinanzdirektionen bislang unterschiedlich ausgelegte Urteil des Bundesfinanzhofes vom 13. Mai 1960 — VI 193/59 (BStBl. 1960 III S. 282) — dahin gehend zu interpretieren, daß „Landwirte, die Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen zum Zwecke von Aufwendungen für das zum Betrieb gehörige Wohnhaus geleistet haben, grundsätzlich Wohnungsbauprämien erhalten können"?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung bereit, in der Frage des Ersatzes von Schäden, die durch Zusammenstöße von Wild mit Kraftfahrzeugen entstehen, eine gesetzliche Regelung zu unterstützen, die dahin geht, daß diese Schäden von einem von den Versicherungsgesellschaften zu bildenden Fonds getragen werden?

VIII. 2. Abgeordneter **Wächter**

Bieten ständige Warenteste eines einzelnen Presseorgans die Gewähr einer Beurteilung nach objektiven Maßstäben?

VIII. 3. Abgeordneter **Wächter**

Ist es berechtigt, die Testergebnisse eines einzelnen Erzeugnisses auf die Produktion einer gesamten Serie zu übertragen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Dichgans *)**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag eine Übersicht vorzulegen, aus der sich ergibt, welche Getreidemengen von den Erzeuger- und Verbraucherländern der Welt aus- bzw. eingeführt werden?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Dichgans *)**

Zu welchen Preisen werden die von Deutschland eingeführten Getreidemengen zur Zeit am Weltmarkt gekauft, und welche Verteuerung ergibt sich durch die sogenannte Abschöpfung?

IX. 3. Abgeordneter **Dr. Dichgans *)**

Wie beantwortet sich die Frage IX/2 für die übrigen Länder der EWG?

IX. 4. Abgeordneter **Wächter**

Welche Vorstellung hat die Bundesregierung über die Höhe des deutschen Orientierungspreises für Schlachtrinder?

IX. 5. Abgeordneter **Krug**

Ich frage die Bundesregierung, ob nach dem Inkrafttreten der Europäischen Milchmarktordnung die Käsereimilchsonderstützung auch dann ganz oder teilweise entfällt, wenn die Angleichung der Werkmilchpreise in der Käserei an die Ergebnisse der Buttereiwirtschaft vom Markt her nicht möglich ist, wie dies ja nach der Sachlage zu befürchten ist.

IX. 6. Abgeordneter **Krug**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, wenn der Erzeugermilchpreis in den Käsereigebieten nach einem eventuellen Wegfall der Käsereimilchsonderstützung trotz der Europäischen Marktordnung spürbar unter den Butterei-Werkmilchpreis absinken sollte und damit die wirtschaftliche Lage der Landwirte in den ausgesprochenen Käsereigebieten, die auf Grund der vorliegenden Verhältnisse die Produktion nicht umstellen können, sich noch mehr verschlechtern würde?

IX. 7. Abgeordneter **Ramms**

Ist die Bundesregierung bereit, die Traktatbauern, die ihre Grundstücke in Holland durch den Verkauf des Beheersinstituts verloren ha-

---

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

ben, aus fiskalischen Grundstücken oder in Zusammenarbeit mit dem Land NRW aus Grundstücken des rheinischen Heimes so zu entschädigen, daß die Höfe wieder rentabel bewirtschaftet werden können?

IX. 8. Abgeordneter **Logemann**

War eine in Brüssel beschlossene eigene Abschöpfung für Schweineschwänze zur Ergänzung der Agrarmarktordnung für Schweinefleisch notwendig?

IX. 9. Abgeordneter **Logemann**

Wird die Bundesregierung zustimmen, wenn in Brüssel versucht werden sollte, die Perfektion der EWG-Agrarmarktordnungen durch eine spezifische Abschöpfung für Schweinsohren noch weiter zu steigern?

IX. 10. Abgeordneter **Logemann**

Welche Schritte hat die Bundesregierung in Brüssel unternommen, um den einstimmig gefaßten Bundestagsbeschluß zur EWG-Agrarpreispolitik entsprechend den Drucksachen IV/1258 und IV/1611 zu realisieren?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Kubitza**

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß nicht nur in der Berufsberatung, sondern auch innerhalb des Fachpersonals der gesamten Arbeitsverwaltung ein das normale Maß übersteigender Abgang, insbesondere von jüngeren Fachkräften, festzustellen ist?

X. 2. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Was hat der Herr Bundesarbeitsminister bisher unternommen, um — entsprechend seiner in der Plenarsitzung vom 17. November 1963 gegebenen Zusicherung — die Arbeit des Beirates für die Neuordnung der sozialen Leistungen wieder aufleben zu lassen?

X. 3. Abgeordneter **Killat**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die Rechtsunsicherheit zu beseitigen, die zwischen den Ärzten, den Ersatzkassen und ihren Mitgliedern dadurch eingetreten ist, daß man für über eine halbe Million freiwillig Weiterversicherte mit einem Monatseinkommen über 1250 DM die Ausgabe von Krankenscheinen verweigert bzw. die ärztliche Behandlung als Kassenpatient ablehnt, obwohl sie nach §§ 179 und 182 RVO einen unbeschränkten Rechtsanspruch auf Krankenhilfe einschließlich der ärzlichen Behandlung in Form von Naturalleistungen haben?

X. 4. Abgeordneter **Killat**

Entspricht es den Tatsachen, daß Vertreter des Bundesarbeitsministeriums früher gegenüber den Ersatzkassen den Rechtsstandpunkt durchsetzten, daß die Ersatzkassen entgegen der

bis dahin geübten Praxis nicht berechtigt sind, freiwillig Weiterversicherten, die ärztliche Behandlung als Privatpatienten in Anspruch nahmen, die Kosten in Form von Barleistungen zu erstatten?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XI. 1. Abgeordneter **Fritsch**

In wieviel Fällen ist die Bundeswehr im Jahre 1963 im Rahmen der Richtlinien zur Förderung der Ausbildung der Truppen durch Übernahme von Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet beim Bau von Sportplätzen tätig geworden?

XI. 2. Abgeordneter **Fritsch**

In wie vielen dieser unter XI/1 erfragten Fälle ist dabei ganz oder teilweise auf die Erhebung von Kosten für Arbeitsleistungen oder Gerätebenutzungen nach Ziffer 14 der erwähnten Richtlinien verzichtet worden?

XI. 3. Abgeordneter **Sänger**

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Bundesverteidigungsministerium am 9. April 1964 eine Nachricht der Agentur United Press International dementierte, deren Wahrheitsgehalt vor Veröffentlichung bei Nachfrage der Agentur im Bundesverteidigungsministerium nicht bestritten und der außerdem durch eine amerikanische militärische Dienststelle bestätigt wurde?

XI. 4. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlägen des Landkreises und des Marktes Garmisch-Partenkirchen entsprechend auf die Anlage eines Schießplatzes am Krottenkopf zu verzichten und statt dessen den Schießplatz in dem dafür vorgeschlagenen Unternogg-Gebiet zu errichten?

XI. 5. Abgeordneter **Kubitza**

Weshalb bildet die Bundeswehr nicht nach dem Vorbild anderer Staaten eine militärische Sondereinheit, in der unsere überdurchschnittlichen Leistungssportler neben der militärischen Ausbildung Gelegenheit zur Durchführung eines vollwertigen Trainings hätten?

XI. 6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Entspricht es den Tatsachen, daß seitens des Bundesverteidigungsministeriums in Binzgen Kr. Säckingen seit über 2 Jahren die Gebäude eines alten Sägewerkes zu einer hohen Monatsmiete gemietet worden sind, seitdem bewacht werden, aber leerstehen?

XI. 7. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

In welcher Weise werden die gesetzlichen Vertreter von minderjährigen Wehrdienstpflichtigen über Musterungs- und Einberufungsbescheide unterrichtet?

XI. 8. Abgeordneter **Müller (Nordenham)**

Aus welchen Gründen verzögert sich die Auftragsvergabe für den Serienbau des Luftwaffentransporters „Transall C 160" an die um die Erhaltung der Arbeitsplätze besorgte Luftfahrtindustrie vornehmlich in Nordwestdeutschland?

XI. 9. Abgeordneter **Müller (Nordenham)**

Wann ist endlich mit der in Frage XI 8 näher bezeichneten Auftragsvergabe verbindlich zu rechnen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XII. 1. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ich frage die Bundesregierung, ob mit Rücksicht auf die Tatsache, daß ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung in die 5-Tagewoche einbezogen ist, der Gültigkeitsbeginn der Sonntagsrückfahrkarten der Bundesbahn, welcher z. Z. auf Sonnabend 3.00 Uhr festgesetzt ist, nicht bereits in die Abendstunden des Freitags verlegt werden kann.

XII. 2. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß eine solche in Frage XII/1 genannte Maßnahme nicht nur den Reisenden dient, sondern auch zur Entlastung des Sonnabendverkehrs der Bundesbahn dienen könnte?

XII. 3. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, eine endgültige und genaue Trassierung des geplanten Autobahnstückes Regensburg—Passau namentlich in den Gebieten voranzutreiben, in denen, wie im Abschnitt Hengersberg—Unterskirchen, Flurbereinigungsverfahren im Anlaufen sind?

XII. 4. Abgeordneter **Folger**

Haben die vom Herrn Bundesverkehrsminister in seiner Antwort vom 27. Juli 1963 mitgeteilten Überlegungen bei der Deutschen Bundesbahn über die Neuregelung des Gepäckträgerdienstes zu der Möglichkeit geführt, daß den ehemaligen Angehörigen der Gepäckträgergemeinschaften die Personalfahrkarten wiedergewährt werden?

XII. 5. Abgeordneter **Sander**

Beabsichtigt die Bundesregierung die im Bezirk der Straßenmeisterei Holzminden gelegene Landesstraße 570 Holzminden—Mühlenberg—Neuhaus von km 0,000 bis km 12,335 als Bundesstraße zu übernehmen?

XII. 6. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß beim Bundeswetterdienst in Offenbach (Main) Angestellte mit mehr als 25jähriger Dienstzeit von der Übernahme in das Beamtenverhältnis ausgeschlossen werden sollen, weil sie älter als 50 Jahre sind?

XII. 7. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Ist die Bundesregierung bereit, Ausnahmen für die Dienstaltersgrenze bei Übernahme in das Beamtenverhältnis zuzulassen, wenn der Bewerber 25 und mehr Dienstjahre im öffentlichen Dienst nachweist?
XII. 8. Abgeordneter **Ritzel**	Ist es richtig, daß die Deutsche Bundesbahn ab Mai 1964 verbilligte Tagesrückfahrkarten ausgeben will, die aber lediglich zur Erreichung einer Großstadt im Umkreis von 70 km Entfernung berechtigen sollen?
XII. 9. Abgeordneter **Rehs**	In welchem Stadium befindet sich das Autobahnprojekt für Schleswig-Holstein?
XII. 10. Abgeordneter **Fritsch**	Ist die Bundesregierung, nachdem sich auf der Bundesstraße 1 zwischen Landshut und der Kreuzung mit der Bundesstraße 8 — also eine Strecke von rd. 60 km — nach den Feststellungen der Landespolizeidirektion Regensburg in den Jahren 1962 und 1963 insgesamt 585 Unfälle ereignet haben, davon 185 Kleinunfälle, 99 einfache und 301 schwere Unfälle, wobei 397 Personen verletzt und 18 Personen getötet wurden und ein Sachschaden von 1 024 730 DM entstand, bereit, den sofortigen Ausbau der B 11 auf der genannten Strecke vorzunehmen?
XII. 11. Abgeordneter **Drachsler**	Sind die in den Ausbauzielen eingetretenen Verzögerungen bei dem Bau der Grenzlandautobahnen Nürnberg—Amberg und Nürnberg—Regensburg wieder aufzuholen?
XII. 12. Abgeordneter **Drachsler**	Erhält jeder Staatsbürger auf Anfrage Auskunft über die seine Person betreffenden Eintragungen in der sogenannten Verkehrssünderkartei Flensburg?
XII. 13. Abgeordneter **Dr. Imle**	Nachdem bekanntgeworden ist, daß im Steueränderungsgesetz 1964 die Gewährung des Kinderfreibetrages für in der Ausbildung befindliche Kinder bis zum 27. Lebensjahr verlängert werden soll, frage ich die Bundesregierung, ob sie die Absicht hat, dafür Sorge zu tragen, daß die Fahrpreisermäßigung bei der Bundesbahn für in Ausbildung befindliche Kinder aus kinderreichen Familien ebenfalls bis zum 27. Lebensjahr ausgedehnt wird.
XII. 14. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die 50 000 Schülerlotsen, die an den Schultagen 10 Millionen Kinder über die Straßen geleiten, im Verkehrsrecht besser zu schützen, als das bisher der Fall ist?
XII. 15. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg**	Wie ist der versicherungsrechtliche Schutz der Schülerlotsen?

XII. 16. Abgeordneter **Müller (Nordenham)**

Ist die Meldung der „Nordwest-Zeitung" in Oldenburg vom 20. April 1964 zutreffend, daß der Herr Bundesverkehrsminister bereits über die im Haushalt 1964 für Wasserbauausgaben zusätzlich beschlossene globale Bindungsermächtigung von 30 Mio DM verfügt habe, ohne die im 2. Vierjahresprogramm über den Ausbau der Binnenwasserstraßen veranschlagte Maßnahme des 2,50-Meter-Ausbaues des Reststückes des Küstenkanals zu berücksichtigen?

XII. 17. Abgeordneter **Dröscher**

Was gedenkt das Bundesverkehrsministerium zu tun, um die straßenmäßigen Verbindungen des Raumes zwischen der oberen Nahe und der mittleren Mosel, die sich nach den Winterfrösten in einem katastrophalen Zustand befinden und durch die anhaltende Belastung mit Manöverfahrzeugen noch wesentlich nachteilig beeinflußt werden, in einen den modernen Verkehrsansprüchen und der militärischen Belastungen entsprechenden Zustand zu versetzen?

XII. 18. Abgeordneter **Peiter**

Unter Bezugnahme auf die schriftliche Antwort vom 16. April 1964 auf meine Frage hinsichtlich des Mitführens von Feuerlöschern in PKW's frage ich die Bundesregierung, ob sie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen wird.

XII. 19. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Welche Erfahrungen wurden mit den Stahlleitplanken auf den Mittelstreifen der Autobahnen gemacht, die oft 5 km und länger nicht unterbrochen sind, wodurch in vielen Fällen eine schnelle Hilfeleistung durch Krankenwagen nach Verkehrsunfällen dadurch sehr erschwert wird, daß ein Übergang von der Fahrbahn zur Gegenfahrbahn nicht möglich ist?

XII. 20. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist das Bundesverkehrsministerium bereit, bis zur Vorlage der vom Innenministerium angekündigten Gesamtregelung die starke Belastung der Bediensteten der Deutschen Bundesbahn durch die Gewährung von widerruflichen Vergütungen für die Tätigkeit auf besonders schwierigen Dienstposten des Betriebsdienstes zu erleichtern?

XII. 21. Abgeordneter **Dr. Atzenroth**

Welche direkten und indirekten Zuschüsse und Hilfen erhält die Firma Deufol, die mittelbar im Besitz der Deutschen Bundesbahn und somit des Bundes steht?

XII. 22. Abgeordneter **Dr. Atzenroth**

Ist die Bundesregierung entsprechend den in der Regierungserklärung festgelegten Prinzipien bereit, sowohl die Speditionsfirma Schenker & Co. als auch die von ihr abhängige Firma Deufol schnellstens zu privatisieren?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIII.	1. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**	Welche praktischen Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die grundsätzliche, in der Presse bekanntgewordene Zusage des Bundespostministers einzulösen, daß die unerträglichen Rückstände in den Berliner Fernsprechanschlüssen — gegebenenfalls unter Heranziehung von privaten Krediten — beseitigt werden sollen?
XIII.	2. Abgeordneter **Folger**	Warum wurde in dem letzten Postgebührenheft nach dem Stand vom 1. März 1963 Luxemburg nicht unter den Ländern aufgeführt, für die Inlandsposttarife gelten, obwohl eine solche Vereinbarung seit langer Zeit besteht?
XIII.	3. Abgeordneter **Werner**	Ist die Deutsche Bundespost mit der Wirksamkeit ihres Fernsprechdienstes in Rethen (Leine) zufrieden?
XIII.	4. Abgeordneter **Blumenfeld**	Was gedenkt der Herr Bundespostminister zu unternehmen, um die Verbindungsaufnahme von Telefonanschlüssen im Raume Bonn mit dem Auslandsfernamt in Köln so zu gestalten, daß sie einer Beanspruchung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Basis gewachsen ist?
XIII.	5. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Ist die Bundesregierung bereit erneut zu prüfen, ob allen Fernsprechteilnehmern sämtliche zur Zeit bestehenden Ortskennzahlen zur Kenntnis gebracht werden können, um die unterschiedliche finanzielle Belastung der Fernsprechteilnehmer in den verschiedenen Oberpostdirektionen zu beseitigen?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIV.	1. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Ist die Reinheitsprüfung durch Ultraviolett-Fluoreszenz nach Prof. Druckrey für das Paraffin vorgeschrieben, das in der Bundesrepublik bei der Fabrikation von Milchtüten verwendet wird?
XIV.	2. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Nachdem in der Richtlinie des Rats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 5. November 1963 Paraffin nicht zugelassen ist unter den konservierenden Stoffen, die dem Schutz der Lebensmittel gegen den Verderb durch Mikroorganismen dienen sollen, frage ich die Bundesregierung, wann sie die in Artikel 11 der Richtlinie des Rats der EWG vorgeschriebene Rechtsverordnung vorlegen wird.

XIV. 3.	Abgeordneter **Dr. Bechert**	Gibt es in der Bundesrepublik eine zwingende Vorschrift, daß für die Extraktion von pflanzlichen Ölen nur solche organische Lösungsmittel verwendet werden dürfen, die im ultravioletten Licht keine Fluoreszenz zeigen, also auch keine krebserzeugenden Kohlenwasserstoffe in gefährdender Menge enthalten?
XIV. 4.	Abgeordneter **Müller (Ravensburg)**	Wie erklärt es sich die Bundesregierung, daß die Regierung des schweizerischen Kantons St. Gallen in der Frage krebserregender Substanzen im Wasser des Bodensees zu anderen Schlußfolgerungen gekommen ist als die Deutsche Forschungsgemeinschaft in ihrem 1963 veröffentlichten Zwischenbericht?
XIV. 5.	Abgeordneter **Müller (Ravensburg)**	Trifft es zu, daß die Schweiz, die einen Anteil des Bodensees von 45 Prozent besitzt, keinen offiziellen Einblick in die deutschen Forschungsergebnisse erhalten hat?
XIV. 6.	Abgeordneter **Müller (Ravensburg)**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Anliegerstaaten des Bodensees — auch dort, wo es um wissenschaftliche Forschungen über die Beschaffenheit des Bodenseewassers geht — sehr eng zusammenarbeiten sollten, wie das in anderen Bereichen bereits der Fall ist?
XIV. 7.	Abgeordneter **Josten**	Wie beurteilt die Bundesregierung die ständig wachsende Tabletten-Flut?
XIV. 8.	Abgeordneter **Josten**	Trifft es zu, daß über 25 000 Präparate der pharmazeutischen Industrie unseren Ärzten und Apotheken als Arzneimittel angeboten werden?
XIV. 9.	Abgeordneter **Josten**	Was geschieht, um die Herstellung wertloser Präparate oder Medikamente zu verhindern?
XIV. 10.	Abgeordneter **Folger**	Welches Ergebnis haben die von der Frau Bundesgesundheitsministerin in der Plenarsitzung am 5. Dezember 1963 versprochenen Nachprüfungen und Erkundigungen über die von der Warentest-Zeitschrift „DM" behaupteten Mißstände bei Gulaschkonserven gehabt?
XIV. 11.	Abgeordneter **Dr. Jungmann**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die an die Hebammen gestellten beruflichen Anforderungen wesentlich gestiegen sind und sich damit zugleich auch die soziale Stellung der Hebammen gewandelt hat?
XIV. 12.	Abgeordneter **Dr. Jungmann**	Welche Gründe sind für die Bundesregierung maßgebend gewesen, die Hebammengebühren nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen um 36%, sondern nur um 28% zu erhöhen?

XIV. 13. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die in der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (Preugo) in der Fassung der Verordnung Pr Nr. 10/57 enthaltenen Wertansätze für ärztliche Leistungen angesichts des seit 1957 eingetretenen Anstiegs des allgemeinen Preisniveaus noch als angemessen gelten können?

XIV. 14. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Wann gedenkt die Bundesregierung eine Entscheidung über den nunmehr seit 19 Monaten vorliegenden Antrag der Bundesärztekammer, die Gebührensätze der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte der Teuerung anzupassen, durch Erlaß einer entsprechenden Rechtsverordnung zu treffen?

XIV. 15. Abgeordneter **Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit, die Anwendung der Siebenten Verordnung zur Ausführung des Weingesetzes vom 17. Januar 1958 mit sofortiger Wirkung aussetzen zu lassen, bis das neue Weingesetz in Kraft treten wird, um so den Wettbewerb deutscher Weine mit der ausländischen Produktion zu ermöglichen?

Bonn, den 24. April 1964